

Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion:
Tresden-N. 16, Holbeinstr. 48
Fernsprecher 21366
Postfachkonto Leipzig Nr. 14797

Werbung:
Ausgabe A mit illust. Beilage vierzehntäglich
2,10 M. In Dresden und ganz Deutschland
frei Haus 2,50 M.; in Oesterreich
4,40 K.
Ausgabe B vierzehntäglich 1,50 M. In
Dresden und ganz Deutschland frei Haus
2,00 M.; in Oesterreich 4,07 K.
Eingel-Nr. 10 J.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen
Wochentagen nachmittags.

Einzelnen:
Annahme der Geschäftsbeilagen bis 10 Uhr.
von Anzeigen bis 11 Uhr vorm.
Preis für die Post-Beilage 20 J., im Post-
amt 60 J.
Alle unbesoldeten Redaktionen, welche durch
Bemerkungen angegebene Ausgaben für ihre
Beitragenden für die Beilagen bei 20 J.
nicht übersteigen.
Erscheinungs- und Redaktions-
11-12 Uhr vorm.

Organ der Zentrumspartei. Einzige Tageszeitung für die katholische Bevölkerung im Königreich Sachsen.
Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Feierabend. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Der zweijährige Gedenktag
der Kriegserklärung Oesterreich-Ungarns
an Serbien

Am 28. Juli d. J. sind es nun 2 Jahre her, daß sich die uns verbündete Monarchie infolge der Ablehnung ihres Ultimatus, das sie am 23. Juli an Serbien gerichtet hatte, genötigt sah, diesem Balkenstaate den Krieg zu erklären. Wie unermehlich folgenschwere Ereignisse für den Staat und für jede einzelne durch den Weltkrieg in Mitleidenschaft gezogene Familie haben sich aus diesem Ereignisse ergeben. Das Ultimatum, das Oesterreich-Ungarn an Serbien gestellt hatte, hatte infolge der ungeheuerlichen Schwere des an dem Kaiserthron und der gesamten Monarchie durch das offizielle Serbien veranlaßten Verbrechens einen solchen Charakter an sich, daß es entweder ganz angenommen oder eben so verworfen werden mußte. Die serbische Regierung hat aber den Ernst der Sachlage zwischen dem 23. und 28. Juli nicht vollends gewürdigt. Sie gab an die Adresse der österreichischen Regierung Erklärungen ab, die als befriedigende Antwort auf das Ultimatum gewürdigt werden sollten, in Wirklichkeit aber nicht anderes waren, als Aeußerungen über Verzichtleistung auf jede weitere revolutionäre Politik in Bosnien und den anderen Gebieten der Donau-Monarchie und nichtssagende Versprechungen über Beirathung der an dem Attentat vor den serbischen Gerichten als schuldig befundenen Personen. Es war natürlich, daß die österreichisch-ungarische Diplomatie eine solche serbische Antwort als verdeckte und heimliche Verwerfung der klar abgefaßten Forderungen des österreichischen Ultimatus auffassen mußten und daraus die nötigen Konsequenzen zog. Es war dies der am 27. Juli 1914 erfolgte Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Serbien und Oesterreich-Ungarn und die Abreise des Gesandten Freiherrn v. Giebel von Belgrad.

Die Gründe für die Halsstarrigkeit der serbischen Regierung lagen in den Forderungen, die die leitenden Persönlichkeiten in Belgrad am 21. Juli aus St. Petersburg erhalten haben. Nach der anfänglichen Bestürzung der serbischen Regierungskreise in Belgrad über das Eintreffen eines völlig unerwarteten und entschiedenen Ultimatus folgten Stunden eifriger Beratung zwischen den Regierungen und den Dynastien in Belgrad und St. Petersburg. Die leitenden serbischen Minister waren schon geneigt, die österreichischen Forderungen restlos anzunehmen, als Telegramme des auswärtigen Amtes in St. Petersburg, die an den serbischen Ministerpräsidenten gerichtet waren und auch Telefaxen an den serbischen Thronfolger, diesen zum Ausschreiten ermächtigten, da Rußland die Interessen Serbiens unter allen Umständen verteidigen werde. Eine offizielle, auch von der russischen Botschaft in Wien verteilte Note vom 21. Juli erklärte, daß Rußland in dem Streitfall zwischen Serbien und Oesterreich-Ungarn sich nicht desinteressieren werde. Damit war die Parteinahme des Zarenreiches für Serbien vor aller Welt festgelegt und konnte ohne schweren diplomatischen Mißtrau und eklatant Niederlage Rußlands nicht mehr rückgängig gemacht werden. Obenbenannt, ja noch viel weniger war ein diplomatischer Rückzug Oesterreich-Ungarns unmöglich gemacht. Die Regierung des Deutschen Reiches hatte zu wiederholten Malen während der kritischen Monate vor Beginn des Weltkrieges und ganz insbesondere in den letzten Wochen des Monats Juli 1914 in ihren offiziellen und offiziellen Zeitungen sowohl Rußland als auch die Westmächte darauf aufmerksam gemacht, daß sie die Sache Oesterreich-Ungarns in dem Streitfall gegen Serbien als eine nur diese beiden Staaten angehende betrachte und eine Bedrohung dieses Landes durch Rußland oder einen anderen Staat aus diesem Anlaß unter keinen Umständen gestatten werde. Diese Erklärung war sowohl in St. Petersburg als auch in London und in Paris unzweideutig abgegeben worden.

Doch die Haltung der Westmächte, namentlich Englands und Frankreichs, war gerade in dieser Angelegenheit eine recht zweideutige. Kurz nach dem Attentat überflossen alle offiziellen Blätter in London und in Paris, ja selbst in St. Petersburg vor beherrschenden Bedauerungs- und Anklagen über das unehrenliche Verbrechen von Sarajewo und über den schweren Schicksalschlag, der die Dynastie Habsburg getroffen habe. Dabei wurden aber die Serben im Königreich und in Bosnien als Opfer der „Krupel- und gewissenlosen“ österreichischen Beamten hinstellt. Sobald das Ultimatum an Serbien gerichtet war, änderte sich der Ton der Presse der Westmächte gegenüber Oesterreich-Ungarn vollends. Serbien wurde als das Land hingestellt, das vom österreichischen Beherrschenden angefallen werde. Die Pariser Presse begann bereits Kriegslust zu wittern. Sie schuf aus dem Streitfall zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien eine Schicksalsfrage für die Freiheit der kleinen Völker, ja für alle Staaten Europas, die durch das von Deutschland und Oesterreich-Ungarn repräsentierte Mitteldeutschtum bedroht würden. Dadurch sollte namentlich die

Das Neueste vom Tage

Der amtliche deutsche Tagesbericht.

(W. T. B. Amtlich.) Großes Hauptquartier, 28. Juli 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz

Ein deutscher Patrouillenvorstoß brachte in der Gegend von Neuve-Chapelle 30 Gefangene, darunter drei Offiziere, und zwei Maschinengewehre ein.
Dem nördlich der Somme zur größten Straßengebieterten englischen Feuer folgten in der Nacht des Radmittags starke Angriffe, die bei Pozières sowie mehrfach am Fontenay-Walde und südlich davon vor unseren Stellungen völlig zusammenbrachen. Sie führten in Longueval und im Delville-Walde zu erbitterten Nahkämpfen; aber auch hier kann sich der Feind keiner Erfolge rühmen. Südlich der Somme ist es bei beiderseits lebhaft fortgesetzter Artillerietätigkeit nur zu Vorstößen feindlicher Sandgrabenentrümpfs bei Zoucart gekommen; sie sind abgewiesen.

Westlich der Maas sind die französischen Unternehmungen gegen das Werk Thionmont erfolglos geblieben.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg:

Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

Die Russen haben ihre Angriffe mit starken Kräften erneuert; jedoch sind sie seit gestern nachmittags gegen die Front Ekrohowa-Bykoba (östlich von Gorodischtsche) mit zwei Armeekorps vergeblich angelaufen, weitere Angriffe sind im Gange. Mehrmals stürzten die Angriffswellen zweier Divisionen vor unseren Schützengruben nördlich von Nachowitzki zurück. Die Verluste des Gegners sind sehr schwer.

Seeresgruppe des Generals v. Linjungen:

Nordöstlich von Swintuch haben russische Angriffe zunächst Boden gewonnen; Gegenangriffe sind im Gange. Bei Postomly warfen österreichisch-ungarische Truppen die Russen aus Vorstellungen im Sturm zurück.

Armee des Generals Grafen v. Rothmer:

Keine besonderen Ereignisse.

Balkan-Kriegsschauplatz

Nordwestlich und nördlich von Rodena haben sich kleinere, für den Gegner verlustreiche Gefechte im Vorlande der bulgarischen Stellungen abgepielt.

Oberste Seeresleitung.

Mein deutscher Mannichaltsmangel

Berlin, 28. Juli. Gegenüber den Behauptungen unserer Feinde, daß Deutschlands Weisheitszahl und Mannichaltsreichtum nicht ausreichend sein werde, um dauernd die Lücken auszufüllen, die der unausgesetzte Kampf an drei oder vier Fronten mit sich bringt, kann die „Voss. Ztg.“ auf Grund amtlicher Angaben mitteilen, daß unser Mannichaltsreichtum keinerlei Schwierigkeiten bereite. Die deutsche Seeresleitung habe nach nicht auf die Jahrgänge 1898 und 1899 zurückgreifen brauchen. Die Ersatzbataillone und die Meeresdepots würden dauernd auf dem vollen Stand erhalten. Außerdem seien im Interesse der Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens Hunderttausende vom Seeresdienst zurückgestellt, die im Notfall herangezogen werden könnten.

Entsetzen über die französischen Verluste

Mehrere Morgenblätter melden nach der „Allg. Ztg.“, daß man in Frankreich entsetzt sei über die neuen unerhörten Verluste, welche die jetzige Offensive von Frankreich fordere im Vergleich zu der Obergrenze der erwarteten Erfolge. Die französische Presse trete dieser Stimmung entgegen, indem sie auf die neuen zur Front abgehenden englischen Truppenmassen hinweise.

Abgezurzt

Wien, 27. Juli. (Privattelegramm.) Auf dem Hochkönig in den Zalsburger Alpen stürzten gestern der Sohn des Besitzers des Wiener Hotels „Zum Erzherzog Karl“ und der Nordbahnbeamte Schindler mit Tochter in eine Gletscherpalte und blieben tot. Die Leichen sind abgehoben.

englische öffentliche Meinung gegen Oesterreich mobil gemacht werden. Der Vermittlungsvorschlag, den der britische Minister des Auswärtigen Grey am 27. Juli brachte, wodurch der serbisch-österreichisch-ungarische Streitfall zu einem internationalen, vor das Haager Schiedsgericht zu bringen, ungestaltet wurde, stand mit dieser französischen und englischen Freipolitik in Verbindung. Auf diese Weise sollte Oesterreich-Ungarn die bereits gegen Serbien erhobene Waffe des Ultimatus entwunden werden und der Streit sollte in den Manövern der europäischen Diplomatie beendet werden. Es war dies eine klug ausgedachte britische Intrigue, die dazu bestimmt war, Serbien noch einige Jahre Zeit zu lassen, um seine Kriegsvorbereitungen gegen Oesterreich-Ungarn besser zu vervollkommen und den Anmarsch der russischen Mächte gegen das Reich und gegen das Deutsche Reich zu einem unüberwindlichen zu machen. War dieser Plan gelungen, so hätten wir wohl den Krieg für 2 bis 3 Jahre vermeiden können, er wäre aber mit um so größerer und verheerenderer Elementargewalt über die Mittelmächte hereingebrochen, nachdem Rußland, Serbien und Italien ihre schwere Artillerie vollkommen neu beschafft und vervollkommen hätten. Die Kriegserklärung an Serbien vom 28. Juli machte einen Strich durch die Rechnung dieser heimtückischen Diplomatie.

Zur Zeit ist die serbische Frage gelöst und zwar wie der nordische Knoten durch die Schwärze unseres Schwertes und desjenigen unserer Verbündeten. Serbien ist gegenwärtig ein vom österreichisch-ungarischen Heere besetzter und von österreichisch-ungarischen Militärpersonen verwaltetes Gebiet. Ebenso ist es auch Montenegro und das heißt ungestörte Nordalbanien, das Serbien in dem Zwecke erobern wollte, um von dort aus die österreichisch-ungarische Herrschaft in der Adria im Verein mit seinen Verbündeten zu befestigen. Sollte Serbien das Ultimatum Oesterreich-Ungarns angenommen, so hätte es nur die oberste nationale Kontrolle über seine Verteidigerbanden annehmen müssen; der serbische Staat als solche bestünde noch immer.

Wichtige postalische Mitteilungen

Ans Anlaß der Einführung der mit den Zustandsgebühren zu erhebenden außerordentlichen Reichsabgabe treten vom 1. August ab auch im Verkehr mit nachstehenden außerdeutschen Ländern und Gebietsteilen Gebührensänderungen ein:

Die vom genannten Zeitpunkt ab im inneren deutschen Verkehr als Zuschlag zu gewissen Gruppen von Postsendungen festgesetzte Reichsabgabe wird auch im Verkehr mit den Postanstalten im Generalgouvernement Warschau und im Grenzgebiet des Oberbefehlshabers Ost, ferner im Brief- und Paketverkehr nach Oesterreich (einschließlich Vorarlberg, Vindobona, Ungarn und dem Generalgouvernement Lublin sowie im Briefverkehr nach Bosnien-Herzegowina) erhoben. Bei Sendungen nach diesen Ländern und Gebieten, auf denen die Reichsabgabe nicht verdeduct ist, wird deren Gewicht vom Empfänger einbezogen. B. B. wird für einen nach dem 1. August noch mit einer 10-Pennia-Marke besetzten Brief einmischen Gewichts nach Oesterreich im Bestimmungslande vom Empfänger der Gewicht der Reichsabgabe erhoben. Im Verkehr aus Oesterreich (einschließlich Vorarlberg) Ungarn, Bosnien-Herzegowina und dem Generalgouvernement Lublin bleiben bis auf weiteres für voll freigemachte Sendungen die bisherigen Gebührensätze bestehen. Die nach dem bisherigen Tarif ungenügend freigemachten und die nicht freigemachten Sendungen der altsächsischen Herkunft werden in Deutschland außer mit dem fehlenden Porto nicht Zustellporto auch mit der Reichsabgabe belastet.

Nach Luxemburg erhöht sich das Porto für Briefe (einschließlich Postantrags- und Wertbriefe) um 5 Pf., für Postkarten um 2 1/2 Pf. Das Porto für Pakete nach Luxemburg bis 5 Kilogramm beträgt künftig in der Radzone 15 Pf. und der Fernzone 70 Pf. Für die Pakete über 5 Kilogramm bleiben die bisherigen Gebührensätze in Kraft.

Zu Grenz-Briefverkehr — Briefverkehr zu ermäßigten Gebührensätzen für die Anwohner der Reichsgrenze — nach Dänemark und den Niederlanden werden die jetzigen Portosätze um den Betrag der Reichsabgabe erhöht. Auch für die von dort eingehenden, nicht freigemachten oder nach dem bisherigen Tarif ungenügend freigemachten Briefe nach den deutschen Grenzbezirken wird neben den bisher in solchen Fällen zu erhebenden Beträgen die Reichsabgabe in Deutschland nachgehoben. Im Grenz-Briefverkehr mit der Schweiz findet beiderseits eine Erhöhung des Portos — in Deutschland um 5 Pf., in der Schweiz um 5 Sv. — statt.

Sämtlich der Gebühren für die Postsendungen nach dem Generalgouvernement Belgien ändert sich nichts.